

## INHALT

## EINLEITUNG

<i>Abschnitt I: Einführung</i> . . . . .	1
1. Der Stand des Problems . . . . .	1
2. Die Aufgabe . . . . .	1
3. Zur Methode der Arbeit . . . . .	2
4. Zur Gliederung der Arbeit . . . . .	3
<i>Abschnitt II: Die Gesetzgebungstechnik</i> . . . . .	4
1. Zur gegenwärtigen Situation der Gesetzgebungstechnik . . . .	4
2. Der Begriff . . . . .	4
3. Aufgabe und Standort . . . . .	5
4. Aufgaben im einzelnen . . . . .	7
a) Begriffsbildung und Ordnung des Rechtsstoffes . . . . .	7
b) Verständliche Darstellung . . . . .	7
c) Zur Abgrenzung . . . . .	8
5. Die Gesetzgebungstechnik als Technik und Kunst . . . . .	8
6. Die Verweisung als Mittel der Gesetzgebungstechnik . . . . .	10

## A. ERSTER TEIL

## FORMENLEHRE

Kapitel AA. Zur Formenlehre der Verweisung . . . . .	11
<i>Abschnitt I: Vor- und Nachteile der Verweisungstechnik</i> . . . .	11
1. Gründe für die Anwendung der Verweisungstechnik . . . . .	11
a) Gesetzesökonomie . . . . .	11
b) Systembildung — Binnenverweisung, Rechtsvereinheitlichung — Außenverweisung . . . . .	12
c) Entlastung des Gesetzgebers . . . . .	14
d) Anpassung an andere Vorschriften . . . . .	14
e) Entlastung des Gesetzes . . . . .	14
f) Beteiligung sachverständiger Kreise . . . . .	15
g) Unmöglichkeit der Gesamtwiedergabe des Textes . . . . .	15
2. Verweisung, Wiederholung, Allgemeiner Teil . . . . .	16
a) Verweisung und Wiederholung . . . . .	16
b) Verweisung und Allgemeiner Teil . . . . .	18
c) Zusammenfassung . . . . .	18
<i>Abschnitt II: Die Verweisungsnorm: Grundlagen, Terminologie, Einteilung und Abgrenzung gegenüber verwandten Erscheinungen</i> . . . . .	19
1. Zur Terminologie . . . . .	19
2. Bezugnahme, Zitat, Anführung . . . . .	19

## VI

3. Verweisung „im weiteren Sinne“ . . . . .	20
4. „Echte“ Verweisung, Verweisung „im engeren Sinne“ . . . . .	21
a) Definition Müllers . . . . .	21
b) Ergänzung der Definition: Die „echte“ Verweisung als unvollständiger Rechtssatz . . . . .	21
aa) Vollständige und unvollständige Rechtssätze . . . . .	22
bb) Offene und verdeckte Unvollständigkeit . . . . .	23
cc) Arten der Unvollständigkeit . . . . .	24
aaa) Verweisung im Tatbestand . . . . .	24
bbb) Verweisung in der Rechtsfolge . . . . .	24
ccc) Die Fiktion als Sonderfall der Verweisung in der Rechtsfolge . . . . .	25
ddd) Verweisung im Tatbestand und in der Rechtsfolge . . . . .	26
dd) Funktion des Verweisungsobjektes bei der Vervollständigung der Verweisungsnorm . . . . .	26
aaa) Erläuterung der Verweisungsnorm . . . . .	26
bbb) Ergänzung der Verweisungsnorm . . . . .	27
ccc) Einschränkung der Verweisungsnorm . . . . .	27
ddd) Funktion der Fiktion . . . . .	28
ee) Das Verweisungsobjekt als vollständiger oder unvollständiger Rechtssatz . . . . .	28
ff) Zusammenfassung und Ergebnis . . . . .	29
c) Die Rechtswirkung der „echten“ Verweisung . . . . .	30
5. Die Verweisung in der Gesetzessprache . . . . .	33
a) Ausdrückliche Verweisung . . . . .	33
b) Stillschweigende Verweisung . . . . .	34
c) Verweisungsformeln . . . . .	36
d) Zitat des Verweisungsobjektes . . . . .	37
<i>Abschnitt III: Das Verweisungsobjekt . . . . .</i>	<i>38</i>
1. Begriffe . . . . .	38
2. Einzelvorschriften . . . . .	39
a) Ermächtigungsnorm als Verweisungsobjekt . . . . .	39
b) Die Weiterverweisung, Verweisungsketten . . . . .	40
c) Die Unterweisung . . . . .	40
d) Die Rückverweisung . . . . .	41
3. Gesetze, Gesetzeskomplexe . . . . .	41
a) Die Generalverweisung . . . . .	41
b) Das Verlängerungsgesetz, das Übernahmegesetz . . . . .	42
c) Andere Gesetze als Tatbestandsmerkmale . . . . .	42
d) Der Gesetzesvorbehalt . . . . .	43
aa) Begriffliche Klärung . . . . .	43
bb) Der Vorbehalt zur Kompetenzabgrenzung im Bundesländer-Verhältnis . . . . .	44
cc) Der „Vorbehalt“ als Form einschränkender Verweisung . . . . .	46
4. Die Verweisung auf andere Rechtsordnungen . . . . .	47
a) Völkerrecht . . . . .	47
aa) Theorien zum Verhältnis des Völkerrechtes zum innerstaatlichen Recht . . . . .	47
bb) Art. 25 Satz 1 GG als generelle Verweisungsnorm . . . . .	48

b) Recht fremder Staaten . . . . .	49
aa) Die Kollisionsnormen des Internationalen Privatrechtes . . . . .	49
bb) Verweisungen auf ausländisches Recht . . . . .	50
<i>Abschnitt IV: Verweisungsnorm und Verweisungsobjekt in der Rangordnung der Rechtsquellen . . . . .</i>	51
1. Verweisung von Verfassungsnormen auf Völkerrecht, Verfassungsrecht, formelle Gesetze . . . . .	51
2. Verweisungen in Gesetzen . . . . .	52
a) Verweisung auf Völkerrecht, Recht anderer Staaten, Verfassungsrecht . . . . .	52
b) Verweisung auf Gesetze . . . . .	52
c) Verweisung auf Rechtsverordnungen . . . . .	52
d) Verweisung auf Satzungen . . . . .	53
e) Verweisung auf Gewohnheitsrecht . . . . .	53
f) Verweisung auf außernormative Gestaltungen . . . . .	53
aa) Verwaltungsvorschriften . . . . .	53
bb) Technische Vorschriften, Regeln privater Verbände . . . . .	55
cc) Verschiedenes . . . . .	56
dd) Generalklauseln . . . . .	56
ee) Verweisung auf Karten und Pläne . . . . .	57
3. Verweisungen in Rechtsverordnungen . . . . .	58
a) Verweisung auf Gesetze . . . . .	58
b) Verweisung auf Rechtsverordnungen . . . . .	58
c) Verweisung auf Satzungen . . . . .	58
4. Verweisungen in Satzungen . . . . .	58
5. Verweisungen auf Vorschriften mehrerer Rangstufen . . . . .	59
<i>Abschnitt V: Räumlicher Geltungsbereich von Verweisungsnorm und -objekt . . . . .</i>	59
1. Verweisung von Bundesrecht auf Völkerrecht und Recht fremder Staaten . . . . .	60
2. Verweisung von Bundesrecht auf Bundesrecht . . . . .	60
3. Hinweise zur Kompetenzabgrenzung zwischen Bundesrecht und Landesrecht . . . . .	60
4. Verweisung von Bundesrecht auf Landesrecht . . . . .	61
5. Verweisung von Landesrecht auf Bundesrecht . . . . .	61
a) Im Abgabenrecht . . . . .	61
b) Im Beamtenrecht . . . . .	63
c) Auf sonstigen Sachgebieten . . . . .	63
d) Schröckers abweichende Ansicht . . . . .	64
6. Verweisung von Landesrecht auf Landesrecht . . . . .	65
7. Überschneidungen der Einteilungen zu IV und V . . . . .	65
8. Ausdehnung und Einschränkung des räumlichen Geltungsbereiches . . . . .	66
<i>Abschnitt VI: Zeitlicher Geltungsbereich des Verweisungsobjektes . . . . .</i>	66
1. Verweisung auf gegenwärtig geltende Vorschriften . . . . .	67
a) Statische Verweisung . . . . .	67
b) Dynamische Verweisung, Blankettverweisung . . . . .	67
c) Vermutung für die statische oder dynamische Verweisung . . . . .	69

## VIII

2. Verweisung auf nicht oder nicht mehr geltende Vorschriften . . .	70
a) Verweisung auf überholte Fassungen geltender Vorschriften . . .	70
b) Verweisung auf außer Kraft getretene Vorschriften . . . . .	71
c) Insbesondere: das Verlängerungsgesetz . . . . .	72
d) Verweisung auf ungültige Vorschriften . . . . .	74
3. Verweisung auf zukünftig geltende Vorschriften . . . . .	74

<i>Abschnitt VII: Unveränderte und veränderte Übernahme des Verweisungsobjektes . . . . .</i>	<i>75</i>
---	-----------

1. Übernahme ohne Änderungen . . . . .	76
2. Übernahme mit bezeichneten Änderungen . . . . .	76
a) Bei Außenverweisungen . . . . .	76
b) Bei Binnenverweisungen . . . . .	77
3. Übernahme in „entsprechender“ Anwendung . . . . .	78
a) Die Verweisungsanalogie . . . . .	78
b) Einzelformen . . . . .	78
4. Das Änderungsgesetz . . . . .	80

Kapitel BB. Zur Formenlehre des Blankettgesetzes . . . . .	80
--	----

<i>Abschnitt I: Das Blankettgesetz . . . . .</i>	<i>80</i>
--	-----------

1. Der Begriff in Rechtsprechung und Literatur . . . . .	81
a) „Blankettbegriffe“ . . . . .	81
b) „Blankettzustimmung“, „Blankettmitwirkung“ . . . . .	82
c) „Blankettermächtigung“ . . . . .	82
d) „Blankettverweisungen“, „Blankettstrafgesetze“ . . . . .	84
2. Definitionsversuch . . . . .	84
a) Hauptmerkmale des Blankettgesetzes . . . . .	84
b) Definition . . . . .	85
c) Hauptgruppen . . . . .	85

<i>Abschnitt II: Insbesondere: Das Blankettstrafgesetz . . . . .</i>	<i>86</i>
--	-----------

1. Begriff, Wesen und Zweck des Blankettstrafgesetzes . . . . .	86
a) Begriff; das Blankettstrafgesetz als Verweisungsnorm . . . . .	86
b) Terminologie; ausdrückliche und stillschweigende Verweisung . . . . .	88
c) Zweck . . . . .	88
2. Blankettstrafgesetze im weiteren und engeren Sinn . . . . .	89
3. Rangstufe der Blankettausfüllung . . . . .	90
a) Formelles Gesetz . . . . .	90
b) Rechtsverordnung . . . . .	91
c) Verwaltungsvorschrift . . . . .	91
d) Verfügung . . . . .	92
e) Verordnung und Verfügung . . . . .	92
f) Außerstaatliche Gestaltungen . . . . .	93
g) Blankettausfüllung durch Blankettnormen (Weiterverweisung) . . . . .	94
4. Die Blankettnorm . . . . .	94
a) Voll und teilweise ergänzungsbedürftige Blankettnormen . . . . .	95
b) Ermächtigende und verweisende Blankettnormen . . . . .	96

5. Abgrenzung des Blankettstrafgesetzes vom Vollstrafgesetz . . .	97
a) Verweisung auf beschreibende Rechtssätze, Erfahrungssätze, Gewohnheiten . . . . .	97
b) Normative Tatbestandsmerkmale und Blankettstrafgesetze .	98
c) Vollstrafgesetze und Blankettstrafgesetze bei Verfügungen .	99

## B. ZWEITER TEIL

### VERWEISUNG UND VERFASSUNG

Kapitel AA. Verweisung und Rechtsstaat . . . . .	101
<i>Abschnitt I: Verweisung und Gewaltenteilung</i> . . . . .	101
1. Die Fragestellung . . . . .	101
2. Gewaltenteilung und Grundgesetz . . . . .	102
a) Das Gewaltenteilungsprinzip . . . . .	102
b) Ausformung im Grundgesetz . . . . .	103
3. Gewaltenteilung und Verlagerung von Gesetzgebungsaufgaben .	104
a) „Gesetzgebungsstaat“ und „Verwaltungsstaat“ . . . . .	104
b) Terminologie . . . . .	106
aa) Übertragung . . . . .	106
bb) Ermächtigung . . . . .	106
cc) Delegation . . . . .	107
dd) Abgrenzung: Ermächtigung und Delegation; Verweisung und Vorbehalt . . . . .	109
aaa) Abgrenzung . . . . .	109
bbb) Abweichende Begriffsbildung bei Kelsen u. a. . .	110
ccc) Vertauschbarkeit der Formen, Formenmißbrauch . . . . .	112
c) Verlagerung durch Verordnungsermächtigungen . . . . .	112
d) Apokryphe Verlagerungsfälle . . . . .	114
4. Statische und dynamische Verweisung und Gewaltenteilung . . .	115
a) Verweisungen in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen .	115
b) Die Lösung der arbeitsrechtlichen Problematik . . . . .	116
aa) Statische Verweisung und Schriftform . . . . .	116
bb) Die dynamische Verweisung . . . . .	117
aaa) Herrschende Meinung . . . . .	117
bbb) Abweichende Ansichten . . . . .	118
ccc) Würdigung . . . . .	119
ddd) Ergebnis . . . . .	120
c) Anwendung des Ergebnisses auf die Verweisung von Normen, statische und dynamische Verweisung . . . . .	121
5. Dynamische Verweisung von Gesetz zu Gesetz . . . . .	121
a) Bei identischem Gesetzgeber . . . . .	121
b) Bei nicht identischem Gesetzgeber . . . . .	122
6. Verlagerung von Gesetzgebungsaufgaben auf die Exekutive . .	122
a) Dynamische Verweisung auf Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften . . . . .	122
b) Versteckte Unterermächtigungen . . . . .	122

## X

7. Verlagerung von Gesetzgebungsaufgaben auf außerstaatliche Stellen . . . . .	123
a) Das Problem . . . . .	124
b) Beteiligung Privater an der Normsetzung . . . . .	125
aa) Formen der Beteiligung . . . . .	125
bb) Vor- und Nachteile . . . . .	126
c) Wahrnehmung staatlicher Aufgaben durch Private . . . . .	128
aa) Beleihung mit der Wahrnehmung von Einzelbefugnissen . . . . .	128
bb) Ermächtigung zur Rechtsetzung . . . . .	129
d) Die Verweisung als Form der Beteiligung Privater an der Rechtsetzung . . . . .	131
aa) Private Regeln — keine Rechtsnormen . . . . .	131
bb) Private Regeln als Beweislastregeln . . . . .	133
e) Zulässige Formen der Beteiligung Privater an der Rechtsetzung . . . . .	134
8. Zusammenfassung und Ergebnis . . . . .	135
a) Verfassungswidrige dynamische Verweisung . . . . .	135
b) Vermutung für die statische Verweisung . . . . .	136
<i>Abschnitt II: Verweisung und Rechtssicherheit . . . . .</i>	137
1. Verkündung von Normen, Gesetzesbestimmtheit und -klarheit . . . . .	137
2. Verweisung und Bekanntmachung von Vorschriften . . . . .	138
a) Verkündung, Allgemeines . . . . .	138
aa) Verkündung als Schlußakt der Gesetzgebung . . . . .	138
bb) Verkündungs- und Bekanntmachungsformen . . . . .	140
cc) Das Prinzip der Formstrenge . . . . .	141
dd) Ausnahmen . . . . .	142
b) Verkündung von Gesetzen und Verordnungen . . . . .	142
aa) Verweisung von Gesetz zu Gesetz . . . . .	142
aaa) Verweisung Bundesgesetz — Bundesgesetz, Landesgesetz — Landesgesetz . . . . .	143
bbb) Verweisung Bundesgesetz — Landesgesetz, Landesgesetz — Gesetz eines anderen Landes . . . . .	143
ccc) Verweisung Landesgesetz — Bundesgesetz . . . . .	143
bb) Einzelprobleme der Verweisung in Gesetzen . . . . .	144
aaa) Verweisung auf außer Kraft getretene Normen. Insbesondere: das Verlängerungsgesetz . . . . .	144
bbb) Verweisung auf nichtige Normen . . . . .	146
ccc) Das Haushaltsgesetz . . . . .	147
ddd) Verweisung auf Karten und Pläne . . . . .	149
eee) Verkehrszeichen . . . . .	152
c) Verweisung auf Verwaltungsvorschriften . . . . .	154
d) Verweisung auf private Vorschriften . . . . .	156
aa) Bekanntmachungsformen . . . . .	156
bb) Anwendung der Ergebnisse auf private Vorschriften . . . . .	157
cc) Vor- und Nachteile der Verweisungstechnik in diesen Fällen . . . . .	158
e) Zusammenfassung und Ergebnis . . . . .	159
3. Gesetzesbestimmtheit und -klarheit . . . . .	159
a) Widerspruch zwischen der Gesetzesbestimmtheit und der Verweisungstechnik . . . . .	159

b) Das Verweisungsverbot . . . . .	160
c) Einzelfälle . . . . .	161
aa) Die dynamische Verweisung . . . . .	161
bb) Die statische Verweisung . . . . .	162
cc) Kettenverweisung und Verweisungshäufung . . . . .	163
dd) Die stillschweigende Verweisung . . . . .	164
ee) Verweisungsanalogie und „nackte Verweisung“ . . . . .	164
d) Zusammenfassung und Ergebnis . . . . .	167
 Kapitel BB. Verweisung und Demokratie . . . . .	167
<i>Abschnitt I: Zum Demokratiebegriff . . . . .</i>	167
1. Materieller Gehalt des Demokratiebegriffes . . . . .	168
a) Herrschaft des Volkes durch das Volk . . . . .	168
b) Carl Schmitts Identitätslehre . . . . .	169
2. Formeller Gehalt des Demokratiebegriffes . . . . .	170
3. Demokratische Staatsform, Gesetzgebungsform, Regierungsform . . . . .	171
 <i>Abschnitt II: Verweisung und demokratische Gesetzgebungsform . . . . .</i>	172
1. Zum Gesetzesbegriff . . . . .	172
2. Demokratie und Verlagerungsverbot . . . . .	174
3. Gesetzesbeschluß und parlamentarische Willensbildung . . . . .	174
a) Gesetzesfeststellung und Sanktion . . . . .	174
b) „Government by discussion“ . . . . .	175
c) Das „parlamentslose Parlamentsgesetz“ . . . . .	177
4. Einzelfälle . . . . .	177
a) Das Hamburgische Plangesetz . . . . .	177
b) Das Verlängerungsgesetz . . . . .	179
c) Die dynamische Verweisung und Verweisung auf zukünftige Vorschriften . . . . .	180
 <i>Abschnitt III: Verweisung zwischen Bundes- und Landesrecht und Demokratie . . . . .</i>	181
1. Demokratie und Föderalismus . . . . .	181
2. Verweisungsfälle . . . . .	182
 <i>Abschnitt IV: Zusammenfassung . . . . .</i>	183
 Kapitel CC. Verweisung und Bundesstaat . . . . .	183
<i>Abschnitt I: Zum Bundesstaatsbegriff . . . . .</i>	184
1. Grundlagen . . . . .	184
a) Föderalismus und Gewaltenteilung . . . . .	184
b) Einheitsstaatliche und staatenbündische Tendenz . . . . .	185
2. Der Bundesstaat des Grundgesetzes . . . . .	185
a) Gewichtsverteilung zwischen Bund und Ländern . . . . .	185
b) Gewichtsverlagerung auf den Bund . . . . .	186

## XII

<i>Abschnitt II: Die Verweisung als Form der</i> Bund-Länder-Zusammenarbeit . . . . .	188
1. Die Verweisung als Mittel der Koordination von Bundes- und Länderaufgaben . . . . .	188
2. Formen der Zusammenarbeit von Bund und Ländern . . . . .	188
a) Formlose Kooperation . . . . .	188
b) Staatsverträge und Verwaltungsabkommen . . . . .	189
c) Gemeinschaftseinrichtungen . . . . .	191
d) Koordinierung der Gesetzgebung . . . . .	191
3. Grenzen zulässiger Zusammenarbeit . . . . .	192
a) Abgrenzungsversuche . . . . .	192
b) Die bundesstaatliche Kompetenzordnung als Zulässigkeitsschranke . . . . .	193
c) Einzelabgrenzungen . . . . .	194
d) Verbot der Kompetenzverfügung . . . . .	194
e) Verbot der Kompetenzübertragung auf Gemeinschaftseinrichtungen . . . . .	195
f) Grenzen der Koordination von Gesetzgebungsaufgaben . . . . .	197
4. Anwendung der Ergebnisse auf die Verweisung . . . . .	198
a) Die statische Verweisung . . . . .	198
b) Die dynamische Verweisung . . . . .	198
 K a p i t e l D D. Verfassung und Blankettstrafgesetz . . . . .	 199
<i>Abschnitt I: Art. 103 Abs. 2 und 104 Abs. 1 GG als strafrechtliche</i> Gesetzesvorbehalte . . . . .	200
1. Art. 103 Abs. 2 und 104 Abs. 1 GG als Konkretisierungen des Rechtsstaates . . . . .	200
a) Verfassungsrechtliche und strafrechtliche Bedeutung des „nulla poena“-Grundsatzes . . . . .	200
b) Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Strafjustiz . . . . .	201
2. Vergleich mit dem grundrechtseinschränkenden Gesetzesvorbehalt . . . . .	202
a) Vorbehalt des materiellen Gesetzes . . . . .	202
b) Art. 103 Abs. 2 und 104 Abs. 1 GG . . . . .	203
 <i>Abschnitt II: Der Gesetzesvorbehalt des Art. 103 Abs. 2 GG . . . . .</i>	 204
1. Blankettausfüllung durch Gesetze . . . . .	204
2. Blankettausfüllung durch Rechtsverordnungen und Satzungen . . . . .	204
3. Blankettausfüllung durch Verwaltungsvorschriften und Verfügungen . . . . .	205
a) Die Blankettergänzung als Bestandteil des materiellen Strafrechtsbegriffes . . . . .	205
b) Die Tatbestandsbestimmtheit . . . . .	206
aa) Definitionsversuche . . . . .	206
bb) Tatbestandsbestimmtheit und Generalklauseln . . . . .	207
cc) Insbesondere: die polizeiliche Generalklausel . . . . .	208
c) Schwerpunkt der Tatbestandsumschreibung im materiellen Gesetz . . . . .	209



aa) Gründe für die Zulässigkeit blankettergänzender Verwaltungsanordnungen . . . . .	209
bb) Gründe gegen die Zulässigkeit blankettergänzender Verwaltungsanordnungen . . . . .	210
d) Ergebnis . . . . .	211
4. Blankettergänzung durch private Bestimmungen . . . . .	211
a) Das staatliche Strafmonopol . . . . .	212
b) Folgerungen aus dem Strafmonopol . . . . .	212
c) Verbot der Übertragung der Strafgewalt . . . . .	213
d) Private Bestimmungen als Auslegungshilfe . . . . .	214
<i>Abschnitt III: Der Gesetzesvorbehalt des Art. 104 Abs. 1 GG . .</i>	215
1. Blankettausfüllung durch Rechtsverordnungen . . . . .	215
a) Die strenge Auffassung des „förmlichen Gesetzes“ . . . . .	215
b) Vermittelnde Ansichten . . . . .	216
aa) von Mangoldt . . . . .	216
bb) Kistner, OLG Köln . . . . .	216
cc) Bundesverfassungsgericht . . . . .	217
c) Anknüpfung an den Begriff der Tatbestandsbestimmtheit . .	218
d) Ergebnis . . . . .	219
2. Blankettausfüllung durch Verwaltungsvorschriften und Bestimmungen Privater . . . . .	220
<i>Abschnitt IV: Zusammenfassung . . . . .</i>	220

## ZUSAMMENFASSUNG

<i>Abschnitt I: Vor- und Nachteile der Verweisungstechnik</i> . . . . .	222
1. Nachteile . . . . .	222
2. Vorteile . . . . .	222
3. Widerspruch zwischen Kürze des Gesetzes und Rechtsklarheit . .	223
<i>Abschnitt II: Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die     Verweisungstechnik . . . . .</i>	224
1. Gegen die statische Verweisung . . . . .	224
2. Gegen die dynamische Verweisung . . . . .	224
<i>Abschnitt III: Empfehlungen für die Anwendung der     Verweisungstechnik . . . . .</i>	225
1. Wann empfiehlt sie sich? . . . . .	225
2. Wann empfiehlt sie sich nicht? . . . . .	225
a) Bequemlichkeit des Gesetzgebers . . . . .	225
b) Verfassungswidrige Entlastung des Gesetzgebers durch Anwendung der Verweisungstechnik . . . . .	226
3. Wie empfiehlt sie sich? . . . . .	227
4. Notwendige Einschränkung der Verweisungstechnik . . . . .	228
<i>Abschnitt IV: Zur Blankettstrafgesetzgebungstechnik . . . . .</i>	228

## LEITSATZE

I. Zur Formenlehre der Verweisung . . . . .	230
II. Zur verfassungsrechtlichen Prüfung der Verweisungstechnik . .	231
III. Richtlinien für die Anwendung der Verweisungstechnik . . . .	233

